Mit Kurszettel

Nummer 15

Berliner Börsen-Zeitung

Abendausgabe · Preis 70.–Mk. 68. Jahrgang Mittwoch, 10. Januar 1923.

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ · NORDHAUSEN
FILIALE · BERLIN, WEINMEISTERSTR.

Hemmungen für Poincaré?

Amerikas Haltung.

eca Paris, 9. Januar.

In hiesigen internationalen politischen Kreisen wird **den Ausführungen des amerikanischen Botschafters** in der heutigen Sitzung der Reparationskommission die **größte Bedeutung beigelegt.** Es wird darauf hingewiesen, daß die Ausführungen des amerikanischen Diplomaten Dell über den Rahmen der heute zur Beratung stehenden Fragen der Feststellung einer absichtlichen deutschen Verfehlung in der Kohlenfrage hinausgehen. Die Ausführungen werden als ein Programm Amerikas zur Regelung der Reparationsfrage angesehen. Der amerikanische Beobachter wies darauf hin, daß **die Verfehlungen Deutschlands in dem riesenhaften Komplex der Reparationen eine so untergeordnete Rolle spielen, daß es ein Unding sei, die Sanktionen aus ihnen heraus zu begründen.** Großes Aufsehen erregte eine Bemerkung des amerikanischen Beobachters, die Reparationsfrage müßte als Ganzes und nicht in ihren Einzelheiten behandelt werden. In diesen Bemerkungen erblickt man, den Umriß eines Programms Amerikas zur Regelung der Reparationsfrage. **Die Ausführungen des amerikanischen Vertreters Bonden stimmen vollkommen mit denen des englischen Delegierten Sir John Bradbury überein.** Beide **weigerten** sich anzuerkennen, eine absichtliche Verfehlung im Sinne des § 18 des Versailler Vertrages anzuerkennen, obwohl sie zugaben, daß Deutschland die vorgeschriebenen Lieferungen nicht vorschriftsmäßig ausgeführt habe. **Die übereinstimmende Haltung des amerikanischen und englischen Delegierten haben nicht verfehlt, auf die internationalen politischen Kreise einen starken Eindruck zu machen.**

*

New-York, 10. Januar.

„New York World" schreibt: Marschall Foch hege die Hoffnung, die deutschen Arbeiter durch hohe Löhne und billige Nahrungsmittel bestechen zu können. Er könne aber kaum erwarten, ganz Deutschland bestechen zu können. Das amerikanische Volk hoffe, daß die amerikanischen und englischen Truppen den Rhein gleichzeitig verlassen würden und es würde sich darüber freuen. Dann werde das französische Volk die Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Fehlers und die Verblendung der französischen Staatsmänner begreifen.

Der „New York Herald" nennt die antienglische Politik Belgiens eine große Undankbarkeit gegen England. Belgien sei während des Krieges durch England gerettet worden.

Hughes macht Vorstellungen.

Das neutrale Prüfungskomitee.

EE Paris, 10. Januar.

Wie das „Journal" erklärt, habe der amerikanische Botschafter in Paris, Myron Herrick, wegen eines Protestes Amerikas gegen die Ruhrbesetzung Poincaré keinerlei Mitteilungen gemacht. Offiziell habe die amerikanische Regierung auch keinerlei Anregungen zu einer Lösung des Reparationsproblems gegeben.

Im Gegensatz dazu steht eine Meldung des „New York Herald", die besagt: Neue Mitteilungen wurden heute vom Staatsdepartement wegen der Verhandlungen gemacht, die mit Frankreich bezüglich der Einsetzung einer Kommission geführt wurden, die beauftragt werden soll, Deutschlands Zahlungsfähigkeit festzustellen. Das Staats-Departement glaubt, die Poincaré zugeschriebenen Erklärungen, wonach die Vereinigten Staaten kein Angebot gemacht hätten, um ein Einvernehmen in der Reparationsfrage herbeizuführen, müsse das Ergebnis einer irrtümlichen Interpretation sein. Im Staats-Departement wird erklärt, das amerikanische Angebot sei auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege gemacht worden. Frankreich habe geboten, ihm einige Zusicherungen wegen der Durchführung der von Deutschland einzugehenden Verpflichtungen zu machen, sobald die Sachverständigenkommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgestellt hätte. Auf diese Frage sei geantwortet worden, so erklärt das Staats-Departement, daß ein wirtschaftlicher und moralischer Druck in der ganzen Welt ausgeübt würde, um Deutschland vollständig zu isolieren, falls es seinen Verpflichtungen auch dann noch nicht nachkäme. Man würde Deutschland jede Möglichkeit nehmen, neue Anleihen aufzunehmen, und würde Handelsbeziehungen nur noch mit andern Völkern unterhalten.

London, 10. Januar.

Dem New-Yorker Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge ist die Mißbilligung Washingtons bezüglich der französischen Besetzung des Ruhrgebietes Frankreich offiziell durch den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick, übermittelt worden. Es sei jedoch kein formeller Protest erhoben worden. Anscheinend bestehe im Augenblick nicht die Absicht, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzurufen.

Englands Stellungnahme.

EE London, 10. Januar.

Das Kabinett wurde für Donnerstag zusammenberufen. Bonar Law wird über die Pariser Konferenz berichten. Das Kabinett wird sich auch mit der Lage beschäftigen, wie sie durch die französischen Maßnahmen im Ruhrgebiet geschaffen wurde. Kriegsminister Lord Derby, der sich in Cannes befindet, wird morgen in London eintreffen, um der Sitzung beizuwohnen.

London, 10. Januar.

„Daily Telegraph" meldet: Der französische Botschafter in London, Graf St. Aulaire, der bereits Mittwoch nachmittag Sir Eyre Crowe besucht hatte, sprach gestern abend wieder im Foreign Office vor, um die britische Regierung von den Absichten der französischen Regierung in Kenntnis zu setzen. Graf St. Aulaire betonte, Poincaré wünsche nicht nur korrekte, sondern auch freundschaftliche und herzliche Beziehungen zu Großbritannien weiter zu unterhalten. Soviel in Erfahrung gebracht werden könne, würden französische und belgische Ingenieure und andere Zivilbeamte unverzüglich ins Ruhrgebiet entsandt, eskortiert von der zu ihrem Schutze unumgänglichen Mindestzahl militärischer Streitkräfte. Von französischer Seite werde hervorgehoben, daß dieser Schutz nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Alliierten sich bereit erklärt hätten, bei dem Plane mitzuwirken.

Die Mitteilung Poincarés hat „Daily Telegraph" zufolge zweifellos die Einberufung der morgen stattfindenden Sitzung des britischen Kabinetts beschleunigt. Diese Sitzung werde eine der wichtigsten sein, die seit Jahren stattgefunden haben. In gut unterrichteten Kreisen verlaute, daß u. a. folgende Punkte zur Beratung kommen würden:

1. ob ein Protest gegen die französische Aktion erhoben werden soll und, wenn ja, in welcher Form,
2. ob England weiterhin seine Truppen am Rhein belassen soll,
3. die Frage der künftigen Vertretung Großbritanniens in der Reparationskommission, der Botschafterkonferenz und damit verwandten interalliierten Körperschaften.

Zaudert Mussolini?

EE Paris, 10. Januar.

Dem „New York Herald" zufolge erklärt sich die Verzögerung in dem Vormarsch auf Essen damit, daß Mussolini bisher nicht mitgeteilt hat, ob er den Alliierten bei der Mitteilung an die deutsche Regierung wegen der zu ergreifenden Maßnahmen anschließen wolle. Falls die Antwort Mussolinis heute nicht einträfe, so würden Belgien und Frankreich allein der Berliner Regierung mitteilen, welche Strafmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Man glaubt, daß Mussolinis Mitteilungen noch heute eintreffen werden und daß er gleichzeitig berichten wird, italienische Ingenieure könnten ebenfalls ins Ruhrgebiet abgehen. Bisher ließ das römische Kabinett allerdings mit allen Mitteilungen auf sich warten.

TU Rom, 9. Januar.

Auf einen Antrag des Abgeordneten Clanfarra von der Partei der Populari faßte die Kommission für das Auswärtige einen Beschluß gegen die Beteiligung Italiens an den französischen Operationen im Ruhrgebiet. In der Begründung wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Frage der Reparationen auf das engste mit der der interalliierten Schulden verknüpft sei; während der anglo-amerikanischen Verhandlungen solle man also Deutschland ein kurzes Moratorium gewähren. Weiter wird gesagt, wenn der amerikanische Standpunkt über alle anderen den Sieg davon trage, so werde auch Italien diese Politik aufgreifen und alle einschlägigen Probleme von neuem betrachten. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß die französische Aktion an der Ruhr für den europäischen Frieden gefährlich ist, weil sie die Gefahr vergrößert, daß die deutsch-russische Annäherung sich nur noch enger vollziehe, besonders angesichts der französisch-englischen Entfremdung.

Notifizierung der Sanktionen.

Paris, 10. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas meldet, daß, nachdem die Reparationskommission gestern vormittag eine beabsichtigte Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen festgestellt habe, die französische Regierung heute der deutschen Regierung die Sanktionen mitteilen werde, die sie aus Anlaß der nicht erfolgten Lieferungen in Holz und Kohle anzuwenden gedenke. Diese Sanktionen umfassten die Kontrolle der Staatsbergwerke und der Domanialforsten.

Die belgische Regierung, die solidarisch mit der französischen Regierung in der Anwendung dieser Maßnahmen sei, werde denselben Schritt unternehmen.

Belgiens Aufgebot.

EP Paris, 10. Januar.

Wie das „Echo de Paris" aus Brüssel erfährt, werde General Berrenans die belgischen Truppen, die für die Ruhrbesetzung bestimmt sind, führen. Das belgische Besatzungskorps wird sich aus zwei Infanteriebataillonen, zwei Schwadronen Kavallerie und zwei Regimentern Artillerie, sowie einer Abteilung von 10 Tanks und 6 Flugzeugen zusammensetzen. Dieses Korps ist aber nicht den bestehenden Einheiten entnommen worden, sondern wurde durch Auslese der dazu geeigneten Leute gebildet. Diese Truppen werden voraussichtlich heute ihre belgischen Garnisonen verlassen.

Der Einmarsch verzögert.

Die Auffassung in Berlin.

Die Tatsache, daß Essen heute noch nicht besetzt worden ist, hat zu den verschiedensten Gerüchten geführt. Dabei sei daran erinnert, daß nach der Meldung des Blattes „Oeuvre", die gestern an dieser Stelle wiedergegeben wurde, der Vormarsch von Anfang an auf Donnerstag früh festgesetzt war. Man wollte wissen, daß der französische Vormarsch verschoben sei, da Italien Einspruch gegen den Vormarsch erhoben habe, ebenso wollte man wissen, daß Amerika intervenieren werde, dadurch sollte sich auch die Ueberreichung der französischen Note verschoben haben.

An amtlicher Berliner Stelle lag eine Bestätigung dieser Gerüchte nicht vor. Eine französische Note oder die Ankündigung einer solchen Note lag in den Mittagsstunden an amtlicher Stelle nicht vor. Nach privaten Nachrichten erwartet man den Vormarsch der belgisch-französischen Truppen aus den Konzentrationsgebieten für heute nacht, so daß die Truppen morgen etwa zwischen 7 und 8 Uhr Essen erreichen würden.

Der Reichskanzler wird heute nachmittag um 3 Uhr die Parteiführer empfangen, um mit ihnen die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen zu besprechen. Um 5 Uhr wird dann, wie schon angekündigt, der Auswärtige Ausschuß zusammentreten. Wie wir hören, dürfte sich die Reichsregierung mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit wenden.

Stockung der Truppentransporte.

B Essen, 10. Januar.

Eigener Drahtbericht.

Der hier weilende Vertreter einer großen Londoner Zeitung hat heute vormittag von seiner Redaktion die telegraphische Anweisung erhalten, seine Berichterstattung einzuschränken, da man in London annimmt, daß infolge einer im Gang befindlichen amerikanischen und italienischen Intervention die Besetzung des Ruhrbergbaues zunächst nicht und wahrscheinlich überhaupt nicht in nächster Zeit stattfinden werde. Es heißt, daß Poincaré dieser gefährliche Rückzug vor der Kammer dadurch möglich gemacht werden soll, daß ihm die Wiedereröffnung der Pariser Konferenz auf Grund eines neuen englischen, dem französischen mehr angenäherten Moratoriumplanes angeboten werden soll. Immerhin ist diese Londoner Annahme mit Vorbehalt aufzunehmen.

*

Nach anderen uns vorliegenden Nachrichten soll der Befehl zum Einmarsch in Essen morgen nachmittag gegeben werden. Bis heute früh ist ein Vormarsch der französischen Truppen an keiner Stelle erfolgt. Die in Mülheim-Speldorf ausgeladenen Truppen sind in der Richtung nach Duisburg zurückgezogen. Die Truppentransporte im besetzten Gebiet treffen mit großen Verspätungen ein, sodaß daraus der Schluß zu ziehen ist, daß Züge zurückgehalten werden. Von den angemeldeten Zügen für Duisburg-Speydorf und Ratingen sind eine Anzahl zurückgeblieben. Auch ist bekannt geworden, daß einige Züge rückwärts verlegt worden sind.

Für morgen sind weitere 48 Züge angemeldet.

Um 11 Uhr vormittags wird aus Essen gemeldet:

Bis zur Stunde herrscht an der ganzen Grenze des besetzten Gebietes von Kettwig bis Mülheim völlige Ruhe. Keine Truppenansammlungen sind nicht zu bemerken. In Richtung Düsseldorf traten heute Verkehrserleichterungen für Fuhrwerke ein. Gestern wurden alle Last- und Personenwagen in Kettwig zurückgeschickt. Heute bleiben Lastwagen in beiden Richtungen unbehindert, während Personenwagen die Erlaubnis für die Einreise erhalten. Es wird ihnen aber nicht gestattet zurückzufahren.

Nach den letzten Informationen haben die französischen Truppentransporte große Verspätungen erlitten. Die nach Essen bestimmten Truppentransportzüge sind bisher nicht eingetroffen. Andere Züge, die an der Peripherie des Ruhrgebiets entladen werden sollen, sind auf rückwärts gelegenen Stationen angehalten und entladen worden. Bereits in Duisburg befindliche Truppen sind auf das linke Rheinufer zurückgegangen worden. Das alles berechtigt wohl zu dem Schluß, daß tatsächlich der französische Einmarsch in den Ruhrbezirk zunächst verschoben worden ist.

Mtb Bochum, 10. Januar.

Die Besetzung der Stadt Essen sollte heute vormittag erfolgen. Der Vormarsch war bereits in die Wege geleitet, ist aber **vorläufig um 12 Stunden verschoben** worden. In der vergangenen Nacht wurde bekannt, daß große Truppentransportzüge vom Rhein her nach dem Ruhrgebiet unterwegs seien. Die Züge hielten auf den Stationen Ratingen-Ost, Mülheim-Speldorf, Duisburg-Hauptbahnhof und Duisburg-Hochfeld ein. Bei Duisburg wurde eine Autogarage für 300 Lastkraftwagen und die Errichtung eines großen Barackenlagers angefordert. Die Truppen sind bereits **wieder aus dem bisher unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet abgerückt.** Der Einmarsch in Essen ist also bestimmt für heute noch nicht zu erwarten. Die Behörden haben alle notwendigen Maßnahmen bereits getroffen. Bisher konnte der Güter- und Personenverkehr unbehindert vor sich gehen.

Krisenluft in Polen.

Mitte dieses Monats wird der polnische Sejm nach der Weihnachtspause wieder zusammentreten. Wird das Kabinett Sikorski, das man als Uebergangskabinett anzusprechen geneigt war, bei Parlamentsbeginn demissionieren, wird trotz der Wahlniederlage, die der Rechtsblock erlitt, die Rechte teilhaben an der Regierung, da ein Kabinett, das sich auf die nationalen Minderheiten mit stützen muß, den chauvinistischen Polen unmöglich ist, oder wird schließlich das Kabinett Sikorski nur wenig umgestaltet weiter am Ruder bleiben? Das sind die Fragen, die augenblicklich die polnische Presse beschäftigen, und die weit über die Grenzen Polens hinaus interessieren, weil ihre Beantwortung zeigen muß, ob man in Polen gewillt ist, die Konsequenz daraus zu ziehen, daß die Väter des Versailler Vertrages ein Polen schufen, das nicht dem Plan entsprach, den Dmowski während des Krieges den Ententemächten klarlegte, nämlich einen nationaleinheitlichen Staat zu schaffen. Die großen Vier, die die Welt neu verteilten, entschieden anders und sie kamen damit freilich dem polnischen Chauvinismus entgegen, der ja ein Polen „vom Meer zu Meer" erstrebt, und der es an Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, gewiß nicht hat fehlen lassen. „In blutigen Kämpfen unternahmen wir es mit großen Anstrengungen", so schrieb unlängst der „Kurjer Poranny", „ein großes, starkes und umfangreiches Polen zu bilden und wehrten uns gegen die Grenzlinie, die uns Curzon aufzwingen wollte. Der Rigaer Vertrag setzte unsere Ostgrenzen fest, und unsere Weißgrenze erweiterten wir durch den Erwerb eines Teils von Oberschlesien. In diesem großen polnischen Staat bildet die nichtpolnische Bevölkerung mehr als den vierten Teil der Gesamtbevölkerung. Das ist eine Tatsache, der gegenüber nur politische Kurzsichtigkeit die Augen verschließen kann."

Mit diesen Worten des polnischen Blattes ist das Problem klar umschrieben. Die nationalistische Rechte freilich macht sich die Sache einfach, sie leugnet das Problem, nationale Minderheiten gibt es in ihren Augen nicht und soweit sich dies Prinzip nicht durchführen läßt, ist der oberste Grundsatz, daß Polen nur von Polen, nicht aber von „Fremden" regiert werden dürfe. Aus solcher Auffassung heraus entstand das Attentat auf den mit den Stimmen der Minderheiten gewählten Staatspräsidenten Narutowicz. Man hat darum mit Recht gesagt, daß die Schüsse, die Narutowicz niederstreckten, sich gegen die nationalen Minderheiten richteten und nach der Ermordung Narutowicz hat sich ein Diplomat dahin geäußert, daß sich Polen jetzt wohl endgültig übergeben möge, wie vernünftig die Grenzlinie Curzons war. Ja selbst in Paris, das doch sonst für Polen maßgebend ist, hat man den Polen den guten Rat gegeben, sich mit der Vertretung des nationalen Blocks im Parlament abzufinden, denn das sei eine Tatsache, „der sich das polnische Volk anpassen muß, wenn es nicht wieder in Erschütterungen verfallen will, die vor fünf Viertel Jahrhunderten seinen Untergang herbeiführten." Die Wahl Wojciechowskis zum Staatspräsidenten hat die Rechte ruhig hingenommen, sie hat nicht bei der Vereidigung des neuen Staatspräsidenten gefehlt und der nationalistische Pöbel baute keine Barrikaden vor dem Parlament, obwohl doch Wojciechowski mit der gleichen Mehrheit gewählt worden war wie Narutowicz. Haben die drei Schüsse, die den ersten nach der Verfassung gewählten Staatspräsidenten niederstreckten, doch die chauvinistischen Hetzer belehrt, welchen gefährlichen Weg man eingeschlagen hat? Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, das anzunehmen. Durch die ganze Verteidigungsrede des Mörders Narutowicz, des Kunstmalers Niewiadomski, zog sich wie ein roter Faden der eine, von der Rechtspresse immer wieder gepredigte Gedanke: Nieder mit den Minderheiten, Polen den Polen. „Ich empfinde keine Reue", so betonte der Mörder, „im Gegenteil: ich hege die feste Hoffnung, daß das Echo meiner Schüsse die weitesten Winkel der polnischen Lande erreichen, in sämtliche Hütten und Herzen dringen wird." Das klingt nicht nach Verzweiflung, und mit Recht schrieb daher das Mitglied des Sejm, Otto Somschor, in der „Deutschen Rundschau": „Heute steht und bleibt es fest, daß der Kampf in Polen nicht aufhören wird, und daß das unschuldig vergossene Blut des Präsidenten Narutowicz nur die Spannung und die Rücksichtslosigkeit zeigt, mit der er künftig geführt werden wird."

Man hüte sich auch vor dem Irrtum, als ob etwa der Linksblock nun die nationalen Minderheiten liebt, wenn er mit ihnen in vielen Fragen zusammenstimmt. Man braucht wohl nur daran zu erinnern, daß ungewöhnlich scharfe Noten in der Minderheitenfrage die Unterschrift von Narutowicz trugen und daß unter ihm und Pilsudski gegen die deutschen Ansiedler und Optanten mit einer Schärfe vorgegangen wurde, der sich keine rechts gerichtete Regierung zu schämen brauchte. Das beweist wieder einmal, wie sich jede Regierung den Verhältnissen anpassen muß. Doch muß man ohne weiteres zugeben, daß die Methoden des Linksblocks gegen die Minderheiten weniger brutal sind,

Ziehungsliste der Spar-Prämien-Anleihe.

Die siebente Gewinn-Ziehung der Spar-Prämien-Anleihe hat stattgefunden; von der Ziehungsliste haben wir Abzüge anfertigen lassen, die für 15 Mark pro Stück von unserer Geschäftsstelle zu beziehen sind. Bei Versand durch die Post stellt sich der Preis auf 15 Mark + 10 Mark Porto, also auf 25 Mark.

Berliner Börsen-Zeitung
Druckerei und Verlag G. m. b. H.,
Berlin W. 8, Kronenstraße 37.